

Grußwort Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender BUND
SPD-Bundesparteitag, Dresden
am 14. November 2009

Zuhören können, Offenheit für andere, neue Positionen und die Bereitschaft zum Diskurs, dies ist ein hoffnungsvolles Zeichen für uns als größter Natur- und Umweltschutzverband und für viele engagierte Bürger.

Der Wunsch nach Solidarität und nach sozialer Gerechtigkeit, aus dem heraus zentral die Identität der SPD herrührt, muss in Zukunft mehr als früher mit der **Antwort auf die soziale, ökonomische und ökologische Krise verbunden werden**. Auf die epochale Herausforderung, Leben und Wirtschaften mit der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, der ökologischen Tragfähigkeit unseres Landes wie des Planeten in Einklang zu bringen, muss gerade die SPD glaubwürdige Antworten finden.

Die Dramatik der globalen Klimaveränderung und Naturzerstörung und die aktuelle Krise eines ungezügelten kapitalistischen Wirtschaftssystems, das im Bereich der internationalen Bankenwelt kollabiert, ist eine große Herausforderung für die Parteien ebenso wie für die Naturschutzbewegung in Deutschland und Europa. Die **Politik erscheint zunehmend hilflos gegenüber den Exzessen und Risiken, einer vermeintlich wirtschaftsfreundlichen und wachstumsorientierten Politik**, die im großen Stil in Deutschland aber auch weltweit dazu geführt hat, dass

- die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden sind,
- die Energie- und Rohstoffressourcen immer ungleicher verteilt sind,
- die **Kolonialisierung der Länder des Südens** als Rohstoff- und Futtermittellieferanten und Absatzmärkte für Industrieprodukte und Lebensmittelüberschüsse der reichen Industrienationen mit einer gewaltigen Naturzerstörung, Elend und Hunger einhergeht,
- die **Artenvielfalt** ebenso wie die kulturelle Vielfalt und die demokratischen Grundrechte immer weniger gegenüber den Interessen multinationalen Konzerne und ihrer renditeorientierten Aktionäre geschützt sind,
- die über Jahrzehnte staatlich gemästeten und **subventionierten Energiekonzerne** wie jüngst in Hamburg ihre klimafeindliche Atom- und Kohlepolitik mit Klagen gegenüber der Politik durchsetzen wollen,
- die deutsche und die europäische Agrarpolitik die Bäuerinnen und Bauern den **Agrogentechnik-** und Chemiekonzernen ebenso ausgeliefert hat wie den Erpressungsmethoden von Agrarindustrie und Discountern.

Dies bedeutet aber auch die Ehrlichkeit, den Menschen zu sagen, dass die Forderung nach undifferenziertem Wirtschaftswachstum, das Heilsversprechen fast aller Parteien in der Krise, kein Ausweg sondern eine Sackgasse ist.

Als Vorsitzender des größten Natur- und Umweltschutzverbandes in Deutschland mit 500.000 Mitgliedern und Förderern in zahlreichen Untergliederungen wünsche ich mir, dass **die SPD wieder eigenständige Lösungsvorschläge für ein zukunftsfähiges Deutschland macht, die gerade dem Rechnung tragen, dass einkommensschwächere Bevölkerungsschichten am stärksten unter Umweltbelastungen leiden.**

Gerade die SPD darf daher nicht länger festhalten

- an einer **Verkehrspolitik**, die auf Straßenbau und Autosubvention, Förderung von LKW und Flugverkehr und Kanalisierung der letzten frei fließenden Flüsse im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit setzt
- an einer **Agrarpolitik**, die von der bäuerlichen Landwirtschaft spricht, aber die Milliarden zugunsten einer industrialisierten und immer intensiveren Landwirtschaft zu Lasten der Umwelt und der Menschen im Süden der Erdhalbkugel ausgibt
- an einer Politik der Nähe zu **Chemie- und Agrokonzernen**, die Genmanipulation als vermeintlichen Fortschritt und Sicherung von Arbeitsplätzen bis in SPD-Partei- und Regierungsprogramme befördert hat
- an einer **Energiepolitik**, die viel zu lange den Energiekonzernen die Macht in diesem Lande gegeben und ihnen zu Milliardengewinnen verholfen haben, die nun europaweit in neue Atom- und Kohlekraftwerke investiert werden sollen. Erst Anfang dieser Woche hat der SPD-Ortsverein Großkrotzenburg am hessisch-bayerischen Untermain, wo e.on ein 1100 MW großes Steinkohlekraftwerk mit einem CO₂ Ausstoß von 600 Mio Tonnen im Jahr plant gegen Bürgerinitiativen und Umweltverbände demonstriert, die sich für ein Zukunftskraftwerk aus erneuerbaren Energien, Energieeinsparung, Energieeffizienzmaßnahmen und moderner Kraft-Wärme-Kopplung einsetzen

Wie kann auf den guten Ansätzen einer sozialdemokratischen Umweltpolitik in der Tradition von Horst Eppler bis Sigmar Gabriel wieder aufgebaut und der Einsatz für eine gesunde Umwelt, für ein Ende der Ausbeutung von Mensch und Natur, für Arbeitsplätze, die Energie und Ressourcen schonen zum Markenzeichen der SPD werden?

Sie können und müssen

- die **Wurzeln der Umweltzerstörung** verdeutlichen, sei es durch Subventionen, weltweite Kapitalspekulationen, WTO-Vereinbarungen
- für **menschen- und umweltverträglichere Alternativen** eintreten, gerade im Kampf gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken
- für **faire und soziale Wettbewerbsbedingungen** mit denen kooperieren, die noch für das Gemeinwohl und nicht für ihr eigenen wirtschaftlichen oder Machtinteressen eintreten.

Denn Natur- und Umweltschutz ist kein Luxus und keine Schönwetterveranstaltung, sondern zentrale Sicherung der Lebensgrundlagen.

- Die Natur braucht keinen Menschen, aber der Mensch braucht die Natur: mit ihrer Produktionsleistung, ihren Abbau- und Selbstreinigungsprozessen, ihrer Sauerstoffproduktion, ihrer Artenvielfalt – ein Schatz, viel zu kostbar, um ihn schnöde mit Geld zu beziffern. Aber dennoch sind erste weltweite Abschätzungen hilfreich: der jährliche finanzielle Nutzen aller Biodiversitätsleistungen liegt bei unfassbaren 33 Billionen US-Dollar, liegt damit höher als das weltweite Bruttosozialprodukt, also alle vom Menschen geschaffenen Werte.
- Natur wirtschaftet in Kreisläufen und kennt keine Grenzen, der Mensch wirtschaftet linear, produziert Gifte, produziert nicht abbaubare Hinterlassenschaften.
- Unterlassener Naturschutz und eine Missachtung der Natur führt unweigerlich auch zum volkswirtschaftlichen Kollaps. Naturschutz ist damit eine schlichte Überlebensfrage.
- Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine grundlegende Wende in der Politik, die seit den „Grenzen des Wachstums“ der 70er Jahre diskutiert und konzipiert ist, aber nur auf dem Papier umgesetzt ist.

Statt an einer anhaltenden Wachstumsorientierung, statt an Globalisierung und Deregulierung, statt an einem ungerechten Welthandelssystem müssen wir uns an **neuen Leitbildern orientieren – an sozial-ökologischen Leitbildern** mit Elementen wie

- Ökologischer Wohlstand statt quantitatives Wachstum
- Märkte gestalten, statt deregulieren
- keine weitere Privatisierung von öffentlichen Aufgaben zur Sicherung des Gemeinwohls
- sozial-ökologische Leitplanken für die Weltwirtschaft und den Welthandel politisch vereinbaren

Im Einzelnen heißt dies:

- Umweltpolitik als Wirtschaftspolitik
- Umweltpolitik als Jobmotor
- verantwortungsvolle Nutzung der kostenlosen Dienstleistungen der Natur
- Abbau von umweltschädlichen Subventionen
- Förderung von Dezentralität statt Großstrukturen
- Beachtung von Wachstumsgrenzen - sowohl im Energiebereich, als auch im Ressourcenverbrauch und im Bevölkerungswachstum

Wir sind gerne bereit, als gesellschaftliche an einem überfälligen öffentlichen Diskurs zu diesen Fragen mitzuwirken. Wir wollen und müssen letztlich gemeinsam für die notwendigen Reformprozesse Mitstreiter gewinnen und für ein ökologisch-soziales Wirtschaften auch in der Nordkurve begeistern.